

Archiv

Vestendruck der Sozialdemokratischen
Verlagsanstalt Bonn

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

16. JULI 1965

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XX/127

Bonn, den 7. Juli 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
-----		-----
1	<u> </u> Ratlosigkeit in der Koblenzer Straße <u> </u>	42
	Kennt Bonn de Gaulles Motive für das Verhalten der Französer in Brüssel ? Von * * *	
2	<u> </u> Mattscheibe nur noch für Minister <u> </u>	59
	Von Lothar Schwartz Referent für Fernsehen, Rundfunk und Film beim Vorstand der SPD	
3 - 4	<u> </u> Versäumt - verzögert - vertagt <u> </u>	69
	Kultusminister Hahn und die Ausbildungsförderung	
5 - 6	<u> </u> "Weihnachtsmann" zu Mittsommer <u> </u>	77
	Schwedens Finanzminister als Motor der Wirtschaft Von Rudolf Hübner, Stockholm	

Herausgeber: SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH, 53 Bonn 1, Postfach

Büro: Baunschedtstraße 17 • Telefon: Geschäftsführung 2 19 01 / 3 19 • Redaktion 2 18 31 / 32 • Telex: 8 886 880

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur Günter Markscheffel

Rationalität in der Koblenzer Straße

Kennt Bonn de Gaulles Motive für das Verhalten
der Franzosen in Brüssel ?

Von * * *

In Situationen, wie sie jetzt in Brüssel durch das Verhalten der französischen Regierung entstanden sind, fragt man natürlich nach den Motiven, die Staatspräsident de Gaulle veranlaßt haben mögen, die EWG-Krise heraufzubeschwören. Der Antworten werden viele gegeben; sie erscheinen jedoch nicht ausreichend.

Kun beginnen offizielle französische Stellen - sowohl in Paris als auch in Bonn - ein Argument zu verbreiten, das im ersten Augenblick verblüffend wirkt. Man behauptet, de Gaulle wolle die EWG in ihrer jetzigen Substanz "einfrieren" lassen, um den Graben zwischen EFTA und EWG nicht zu vertiefen. Umgekehrt: Würde man die jetzige EWG-Grundlage weiter ausbauen und festigen - wirtschaftlich, politisch und vielleicht sogar militärisch - dann wäre es für absehbare Zeit aussichtslos, erfolgversprechende Verhandlungen mit den EFTA-Ländern über das schrittweise Zusammenführen beider Wirtschaftsgruppen im freien Teil Europas einzuleiten. Diesen Überlegungen entspreche auch - so wird besonders in Paris betont - die immer wiederkehrende französische Formel, man wolle "im Augenblick" an den EWG-Beratungen nicht weiter teilnehmen.

Wenn diese Argumentation für das Verhalten der französischen Regierung in Brüssel richtig sein sollte und den tatsächlichen Motiven der französischen EWG-Blockade entspricht, dann muß man sich wieder einmal fragen, ob die offizielle deutsche Diplomatie bei ihren zahlreichen Kontakten in Paris und Brüssel nicht schon früher gemerkt hat, was de Gaulle eigentlich will.

Es ist nämlich unvorstellbar, daß man sich in den zahlreichen Konsultationsgesprächen, die ja zwischen Bonn und Paris seit Abschluß des Elysée-Vertrages geführt wurden, nicht auch einmal über die weiteren Perspektiven der Zusammenarbeit im Rahmen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft unterhalten hätte. An offiziellen und öffentlich abgegebenen Erklärungen markhafter französischer Politiker und auch des Staatspräsidenten selbst hat es bekanntlich nicht gefehlt. Alle diese Erklärungen hätten genügend Stoff für interessanten Konsultationsgespräche ergeben. Die offensichtliche Rationalität der Bonner Diplomatie gegenüber dem jetzigen französischen Verhalten in Brüssel läßt leider darauf schließen, daß man eben nicht zur Kenntnis nehmen wollte, welche Vorstellungen de Gaulle tatsächlich von der Europa-Politik hat.

Auch jetzt noch gäbe es genügend Möglichkeiten, um den Dingen auf den Grund zu gehen. Allerdings müßte man dann von der bisherigen Methode bei der Behandlung des deutsch-französischen Verhältnisses Abstand nehmen, die seit vielen Monaten darin bestand, sich selbst "Erfolge" unter die Weste zu jübeln.

Mattscheibe nur noch für Minister

Von Lothar Schwartz

"In den Sendungen soll den Fernsehteilnehmern in ganz Deutschland ein objektiver Überblick über das Weltgeschehen, insbesondere ein umfassendes Bild der deutschen Wirklichkeit vermittelt werden." - So ist die publizistische Aufgabe des Fernsehens im Staatsvertrag über die Errichtung der Länderanstalt in Mainz formuliert worden. Man darf unterstellen, daß sich auch die Landesrundfunkanstalten und damit ihr gemeinsames Bildschirm-Programm diesen Grundsatz verpflichtet fühlen.

Trotzdem erscheint in den aktuellen Sendungen beider TV-Netze diese "deutsche Wirklichkeit" zur Zeit fast nur noch in Form reisender und redender Regierungsmitglieder. An die Existenz der Opposition, die im Bonner Parlament rund 40 Prozent der Mandate innehat und sich in den letzten vier Jahren auch zur stärksten Wählerpartei entwickelt hat, wird nur noch in Kurznachrichten erinnert.

Diese Praxis, die schon einer privatwirtschaftlich organisierten Zeitung als Unfairneß angekreidet würde, muß im Rahmen öffentlich-rechtlicher Anstalten als bedenklicher Verstoß gegen die Verpflichtung zu umfassender Information gewertet werden. Die in beiden Fernsehprogrammen seit Wochen zu beobachtende Begünstigung der noch amtierenden Bundesregierung per Bildschirm hat einen vorläufigen Höhepunkt erreicht, als sich die Chefredaktionen von "Tagesschau" und "heute" weigerten, die Bundespressekonferenz mit dem SFD-Finanzexperten Dr. Alex M ö l l e r am 5. Juli zum Gegenstand angemessener Fernsehberichterstattung zu machen. Was über 120 Bonner Zeitungs- und Rundfunkkorrespondenten zu dieser Pressekonferenz führte und zu einer Vielzahl von Meldungen und Kommentaren veranlaßte, nämlich die Darlegung der finanzpolitischen Leitbilder und Grundlagen des sozialdemokratischen Regierungsprogramms, fanden ausgerechnet die Fernsehanstalten nicht wichtig genug, ins Bild gesetzt zu werden. Während das Erste Programm für den unbestreitbar hohen Informationswert gerade noch zwei Wortmeldungen erübrigte, fand es im Zweiten Programm in zwei lapidaren Sätzen statt.

Diese merkwürdige Behandlung, die einem der wichtigsten Vorgänge des Tages zuteil wurde, ist von den Programmverantwortlichen mit einer Vereinbarung motiviert worden, die zwischen den Fernsehanstalten und den im Bundestag vertretenen Parteien getroffen wurde. Danach sollen Parteitage, Kongresse und Wahlveranstaltungen vom 19. Mai bis zum Tag der Bundestagswahl nur noch nachrichtlich behandelt werden. Dieses Abkommen zur Suspendierung der Informationspflicht über den Sachgehalt deutscher Politik und der für die Demokratie und die Meinungsbildung des Bürgers unentbehrlichen Dialog zwischen Regierung und Opposition heranziehen zu wollen, ist eindeutig eine Fehlleistung.

Die Intendanten werden gut daran tun, dieses Mißverständnis zu überprüfen und für ein "fair play" auf der Mattscheibe zu sorgen. Wenn ihnen übrigens entgangen sein sollte, woraus die "deutsche Wirklichkeit" am letzten Montag auf den Bildschirmen bestanden hat, darf es hier in Erinnerung gerufen werden: In Film und Foto erschienen zwischen 19.30 und 23.00 Uhr außer dem Bundeskanzler (selbstverständlich in Wahlpose) die Minister Schröder und Seehofer sowie die CDU-Ministerpräsidenten Dr. Meyers und Dr. Goppel. Daß der Tod eines Playboy in Paris im ZDF sogar zum "Thema des Tages" auserkoren wurde, sei nur am Rande vermerkt. - Es ergibt sich die Frage, ob die Fernsehanstalten dem "Beispiel" der bundeseigenen "Deutschen Wochenschau" folgen wollen, die es fertigbringt - Film über den Besuch der englischen Königin - die Bundesrepublik zum Privatunternehmen der CDU/CSU zu degradieren.

Versäumt - verzögert - vertagt

Kultusminister Hahn und die Ausbildungsförderung

sp - Diese Woche treten die deutschen Kultusminister in Kiel zu ihrer 108. Plenarsitzung zusammen. Es ist zu hoffen, daß ihre Verhandlungen noch noch ein wenig unter dem Eindruck der Ereignisse des 1. Juli stehen, an dem die deutschen Studenten unüberhörbar gegen allzu viele Parasen und allzu wenig Taten in der Bildungspolitik protestierten. Im Gegensatz zu Bundeskanzler Erhard, dessen Kritik an der Studentenaktion wiederum eine Probe seiner Regierungskunst gab, waren die Kultusminister klug genug, die Berechtigung der studentischen Demonstrationen nicht in Frage zu stellen. Manche von ihnen wirkten sogar aktiv mit. So auch der Kultusminister von Baden-Württemberg, Professor Dr. Hahn, der als Präsident der Kultusministerkonferenz sogar in einer Fernsehklärung freundliche Worte für die Studenten fand.

An freundlichen Worten war den Studenten allerdings weniger gelegen als an der Bereitschaft zu entschlossenen Handeln. Diese kann nun von niemandem besser unter Beweis gestellt werden, als von Kultusminister Hahn, der sich als kulturpolitischer "Vorreiber" der CDU seit einiger Zeit darum bemüht, in der Öffentlichkeit als Mann der Tat zu gelten. Jedoch trägt der Schein auch hier.

Es geht um die Ausbildungsförderung; genauer gesagt um die Vorbereitung einer Vereinbarung der Länder, die endlich zu einem materiell befriedigenden und in allen Bundesländern gleichen Recht der Ausbildungsförderung führen soll. Am 26. September 1964 hatte der Berliner Schulsenator E v e r s (SPD) der Kultusministerkonferenz eine Beschlusvorlage unterbreitet, in der es hieß:

- * "Die Länder gewährleisten sofort, spätestens jedoch bis
- * 1967, daß alle geeigneten Schüler, deren Eltern eine be-
- * stimmte Einkommenshöhe nicht erreichen, spätestens ab
- * 10. Schuljahr, eine angemessene Erziehungsbeihilfe erhal-
- * ten. Für befähigte Schüler der gymnasialen Oberstufe oder

- * entsprechender Einrichtungen sind auf der Basis der
- * lage der Studienförderung nach dem Konnefer Modell erhöhte
- * Erziehungsbeiträgen in der Höhe der Lehrlingsvergütung vor-
- * zusehen. Der Schulausschuß wird beauftragt, eine Rahmenver-
- * einbarung hierüber bis zum 1. Juni 1965 vorzubereiten."

Wie zu allen anderen bildungspolitischen Sofortmaßnahmen des Evers'schen Aktions- und Zeitplans war in der Kultusministerkonferenz auch über diesen Beschluß keine Einigung zu erzielen, obwohl man bereits bei der 102. Sitzung im Juni 1964 die Bildung einer ad-hoc-Kommission für Fragen der Ausbildungsbeiträgen angekündigt hatte.

Nachdem die sozialdemokratische Bundestagsfraktion am 10. Februar 1965 die Bundesregierung in einem Antrag aufforderte, "unverzüglich mit den Ländern Verhandlungen über ein Verwaltungsabkommen aufzunehmen, das die Ausbildungsförderung aus öffentlichen Mitteln für alle jungen Menschen einheitlich regelt", stellte Kultusminister Hahn den Abschluß eines solchen Verwaltungsabkommens am 28. April 1965 auch in der Kultusministerkonferenz zur Debatte. Wie das Kommuniqué dieser 107. Sitzung verkündet, wurde eine Arbeitsgruppe der zuständigen Landesreferenten für Ausbildungsförderung unter Federführung Baden-Württembergs zur Vorbereitung weiterer Beratungen in Plenum der Kultusministerkonferenz eingesetzt. So weit, so gut. Da auch die CDU die Neuregelung und Vereinheitlichung des Ausbildungsförderungsrechts auf dem Wege eines Verwaltungsabkommens für die praktikabelste Lösung hält, durfte man erwarten, daß die Vorbereitungen rüstige Fortschritte machen - wenn Kultusminister Hahn den damit beauftragten Ausschuß schon einberufen hätte.

Daran hat er aber bis heute noch nicht gedacht. Getreu der bildungspolitischen Devise der CDU glaubte Herr Hahn mit der Ankündigung eines guten Vorsatzes genug getan zu haben. Nur handelt es sich hierbei nicht mehr um seine eigene Angelegenheit, sondern um die Erfüllung einer gegenüber der Kultusministerkonferenz übernommenen Verpflichtung. Die Kultusminister sollten ihren Präsidenten in Kiel daran erinnern.

Weihnachtsmann zu Mittsommer

Schwedens Finanzminister als Motor der Wirtschaft

Von Rudolf Hübner, Stockholm

Während der letzten Juni-Tage erlebten die Geschäftsleute in Schweden einen Verkaufsansturm, der das Ausmaß der Weihnachtverkäufe noch überbot. Das Gedränge der Käufer brachte die Verkäufer an den Rand des Zusammenbruchs, aber die Firmenchefs schmäkelten, denn sie wurden nicht nur alte Ladenhüter los, sondern erhielten auch in einem seit Jahren nicht erlebten Ausmaße Barzahlungen. Es handelt sich natürlich nicht um eine Psychose, es wird in Schweden auch weiterhin nicht an Waren fehlen. Der Zaubermeister, der diesen ungewöhnlichen Kaufsturm hervorgerufen hat, ist Finanzminister Gunnar Sträng, sein Zauberstab heißt Umsatzsteuer. Ab 1. Juli wurde nämlich die Umsatzsteuer, die in Schweden nur einmal und zwar beim Verkauf an den Endverbraucher erhoben wird, von 6,4 auf 10 Prozent erhöht.

Um zu verhindern, daß die Geschäftsleute die Gelegenheit zu unmotivierten Preiserhöhungen mißbrauchen - wer rechnet schon 3,6 Prozent genau nach? - wurde das Personal des Preis- und Kartellamtes verstärkt und mit besonderen Überwachungsanweisungen versehen. Die größten Branchen-Organisationen, die einen großen Einfluß haben, verpflichteten sich, ihre Mitglieder zur Zurückhaltung anzuhalten. Verschiedene große Firmen, darunter die Konsumgenossenschaften, haben angekündigt, daß sie beim größten Teil ihrer Sortimente überhaupt keine Preiserhöhungen zulassen werden. Die Benzingesellschaften entzettelten einen Preiskrieg. Die Volkswagen-Vertretung offeriert ihr Exportmodell 1200 zu einem um 1.400 Kronen gesenkten Preis, um an der Einkaufswelle zu profitieren und ihre Lagerbestände loszuwerden. Aber die Konsumenten blieben mißtrauisch und stürmten die Läden. Und der Gewerkschaftsbund hat schon vorher mit allem Nachdruck erklärt, daß die nächsten Kollektivvertragsverhandlungen sehr scharf und hart zu werden versprechen.

Finanzminister Sträng hat aber nicht nur einen "Weihnachtsrummel" hervorgerufen, sondern auch den Steuerbeutel geöffnet und für viele Schweden der willkommenen Weihnachtsmann gespielt.

Die Volkspensionäre - also alle über 67 Jahre alten Staatsbürger (mit vorzeitigem Pensionsrecht ab 63 Jahren) - erhalten ab 1. Juli höhere Volkspensionen: Alleinstehende 4.000 Kronen pro Jahr (bisher 3.775 Kronen), Eheleute 6.250 Kronen statt bisher 5.000 Kronen.

Bei der Einkommensprüfung, die für eine Reihe von Zulagen zur Volkspension erforderlich ist, z.B. für die kommunalen Miet-

beiträge, wurde die Berechnungsgrundlage zugunsten der Pensionäre verbessert. Die zusätzliche Dienstpension, welche nicht aus Steuergeldern, sondern aus besonderen Pensionsfonds gezahlt wird, wurde dagegen am 1. Juli nicht verändert.

* Der staatliche Kinderbeitrag wird pro Kind und Jahr von 700
* auf 900 Kronen pro Jahr erhöht.

* Der Höchstbetrag zur Sonderausstattung von Invaliden-Wohnun-
* gen wurde von 10.000 auf 15.000 Kronen heraufgesetzt.

* Die staatlichen Darlehen an Eheleute, die einen Haushalt bil-
* den wollen, können nun bis zur Höhe von 5.000 Kronen gewährt
* werden. Bisher waren es 4.000 Kronen.

* Die Zahl der Künstler, die von Staate eine lebenslängliche
* Einkommensgarantie von 24.000 Kronen zugesprochen erhalten
* haben, wird von 25 auf 100 erhöht. Die Berechnungsmethode
* wird zugunsten der Künstler verbessert.

* Die Volksbildungsarbeit erhält ab 1. Juli höhere Staatsbe-
* träge.

Schließlich sei erwähnt, daß ab 1. Juli ein fünfjähriges Experiment beginnt, das Finanzminister Sträng 800 Millionen Kronen kosten wird und das mit möglichst geringer staatlicher Beeinflussung dazu führen soll, daß die schwedische Wirtschaft ihre Standorte in jenen Großgemeinden sucht, die dank ihrer Verkehrslage, Ausbildungsmöglichkeiten, Arbeitskräfte, Service- und Kultur-Einrichtungen die besten Voraussetzungen für eine wirtschaftliche Schwerepunktbildung bieten. Fünf Jahre lang sollen aus Staatsmitteln alljährlich 360 Millionen Kronen verwendet werden, um Unternehmern Starthilfe zu bieten und um Arbeitskräften aus jenen Gebieten, die nicht entwicklungsfähig sind, die Umsiedlung und Umschulung zu ermöglichen.

Wie groß diese Aufgabe ist, kann man daran ersehen, daß in Schweden seit Kriegsende allein aus der Landwirtschaft 400.000 Arbeitskräfte in die Industrie abgewandert sind, was bei Berücksichtigung der Familienangehörigen einer Bevölkerungsbewegung von etwa 1.500.000 Menschen entspricht (bei gegenwärtig 7.500.000 Einwohnern!). Diese Bevölkerungsumschichtung wird weitergehen; sie läuft parallel mit einem tiefgreifenden Strukturwandel der schwedischen Wirtschaft, in dessen Verlauf Finanzminister Sträng wohl noch oft wird den Weihnachtsmann spielen müssen.